



Personelle Turbulenzen gibt es hier alle Jahre wieder: die Beamtenhochschule des Landes in Ludwigsburg

Foto: dpa/Marijan Murat

Die diskreten Firmen der Steuerdozenten

Nebenjobs von Professoren sind an der Beamtenhochschule in Ludwigsburg seit Langem ein heikles Thema. Derzeit werden kleine Gesellschaften näher untersucht, die die geforderte Transparenz erschweren. Wurde der Kanzler auch deshalb nicht wiedergewählt?

Von Andreas Müller

Die Wahl war eine böse Überraschung für den Kanzler der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg. Eigentlich konnte Henrik Becker (50) fest damit rechnen, nach fünf Jahren als Verwaltungschef der Beamten-Kaderschmiede bestätigt zu werden. Immerhin hatte die Findungskommission ihn, mangels geeigneter weiterer Bewerber, als einzigen Kandidaten zugelassen. Doch in den Hochschulgremien verfehlte der promovierte Jurist wiederholt die notwendige Mehrheit. Schließlich wurde die Wahl für gescheitert erklärt – oder, im Fachjargon, „mit negativem Ergebnis“ beendet.

Womit hatte sich Becker derart unbeliebt gemacht, dass ihm ein solches Debakel bereitet wurde? Darüber kursieren seither unterschiedliche Erklärungen. Es sei ein Misstrauensvotum gegen die gesamte Hochschulleitung unter Rektorin Iris Rauskala, hieß es etwa. Zwischen Verwaltung und Professorenbestehende über alle ein gewisses Spannungsverhältnis, da habe sich in Ludwigsburg wohl etwas aufgeschaukelt. Insbesondere der Kanzler habe intern „nicht immer den richtigen Ton getroffen“ – was indes als gar nicht so einfach gilt. Viele Professoren fühlten sich als „verhinderte Nobelpreisträger“ und erwarteten, entsprechend honoriert zu werden, berichtete einst ein Kenner der Bildungsstätte im Landtag.

Schon als vor Jahren die frühere Rektorin Claudia Stöckle abgewählt wurde, erklärten viele das mit ihrem Führungsstil. Tatsächlich war die Juristin bei den Professoren auch deshalb angeekelt, weil sie Sonderzahlungen und Nebenarbeiten unter die Lupe nahm. Auch bei Lehrkräften der Steuerfakultät, die seit Jahren bezahlte Vorträge über die Finessen des Fiskus halten oder gegen Honorar Steuerberater schulen, lag formal manches im Argen. Mit der Aufarbeitung machte sich Stöckle keine Freunde, die Quittung folgte.

Bei Beckers Wahlpleite könnte ein ähnlicher Vorgang eine Rolle gespielt haben. In der Amtszeit des auf Korrektheit bedachten Kanzlers kam das Thema Nebentätigkeiten nämlich erneut auf den Tisch, wie die Hochschul-Pressestelle bestätigt. In den Fokus geriet ein Konstrukt, das als Vehikel gegen Transparenz dienen könnte: die sogenannte Unternehmergesellschaft (UG), auch als „Mini-GmbH“ bekannt und ebenfalls haftungsbeschränkt. Gleich vier Professoren der Steuerfakultät gründeten vor wenigen Jahren jeweils eine solche UG, darunter drei mit herausgehobenen Funktionen an der Beamtenhochschule: ein Prorektor, ein Studiendekan und der Leiter eines Fortbildungsinstituts.

Die drei Juristen benannten die Firma jeweils nach sich, brachten 500 oder 1000 Euro als Stammkapital ein und bestellten sich selbst zum Geschäftsführer. Gegenstand des Unternehmens war – in allen Fällen wortgleich – „die Erbringung von Dienstleistungen auf rechtem Gebiet, insbesondere Vortrags- und Gutachtentätigkeit mit Ausnahme von Beratungsleistungen“. Bei der vierten „UG“ wurde ein neutraler, nach Fortbildung klingender Name gewählt und der Geschäftszweck etwas weiter gefasst. Die Gründung der Gesellschaften wurde der Hochschule jeweils angezeigt, für die Tätigkeit als Geschäftsführer beantragten die Steuer-Professoren eine Genehmigung und erhielten sie auch. Wie alle Beamten sei es ihnen „grundsätzlich gestattet, in Nebenarbeit auch unternehmerisch tätig zu sein“, erläuterte die Hochschule.

Wie aber sollten bei den Mini-Firmen die Vorgaben für Zusatzjobs überwacht werden? Zum einen dürfen diese nicht mehr als ein

Fünftel der Arbeitszeit der Haupttätigkeit erfordern, zum anderen Einkünfte von höchstens 40 Prozent des Hauptalters abwerfen. Diese Grundsätze hatte das baden-württembergische Finanzministerium bekräftigt, als die Regierung sich vor einigen Jahren auf Antrag der FDP mit den Nebentätigkeiten von Steuerbeamten und -dozenten befasste. Laut der Auskunft waren damals 27 Beamtinnen und Beamte und 17 hauptamtliche Lehrkräfte in Zusatzjobs wie der Fortbildung von Steuerberatern tätig. Die beiden Limits sollen verhindern, dass Interessenkonflikte auftreten und die „Hingabepflicht“ der Staatsdiener beeinträchtigt wird.

Bei den Minifirmen müssen Gewinne indes nicht ausgeschüttet werden, sondern können angesammelt werden – vielleicht sogar bis zur steueroptimierten Entnahme im Ruhestand. Die Geschäftsführer müssen ihren Arbeitsaufwand der UG zudem nicht in Rechnung stellen. Wie soll die Hochschule da die Einhaltung der Grenzen kontrollieren? Man gehe davon aus, dass die Professoren „als Beamte des Landes ihrer Anzeigepflicht nachkommen“, teilt das Kommunikationsteam mit. Solange es keine Hinweise auf pflichtwidriges Verhalten gebe, habe man die Motive für die unternehmerische Tätigkeit nicht zu hinterfragen.

Lügen solche vor, müsse man ihnen aber nachgehen. Vor etwa zweieinhalb Jahren habe die Hochschule daher „die Bearbeitung von Nebentätigkeiten intern neu strukturiert“. Dabei habe man auch begonnen, „die Unternehmergesellschaften einer vertieften Prüfung zu unterziehen“. Um den zeitlichen und finanziellen Umfang der Zusatzjobs zu klären, dürfe man Kunden und Umsätze der



Foto: HvF

Henrik Becker fiel bei der Wiederwahl als Kanzler überraschend durch – obwohl er der einzige Kandidat war. Womit hat er sich unbeliebt gemacht?

Streit statt Versöhnung über den Gräbern Srebrenicas

Am 11. Juli jährt sich der Mord an über 8000 Muslimen in Bosnien 1995. Doch Spannungen und Provokationen überschatten den Tag des Gedenkens an die Opfer.

Von Thomas Roser

Die Erdhügel neben den frisch ausgehobenen Gruben künden von dem nahenden Gedenktag an den Völkermord im bosnischen Srebrenica. Auch 29 Jahre nach den Massenmorden an mehr als 8000 Jungen, Männern und Greisen in der damaligen Muslim-Enklave werden an diesem Donnerstag auf dem Gedenkfriedhof von Potocari noch die Überreste von 14 weiteren Opfern beerdigt – Opfer des schwersten Kriegsverbrechens im Bosnienkrieg.

Nach der Einnahme von Srebrenica durch die bosnisch-serbische Armee (VRS) unter Führung von General Ratko Mladic am 11. Juli 1995 hatten nur Frauen und Kinder die Enklave verlassen können, begleitet von UN-Blauhelmen. Ihre Männer, Väter, Brüder und Söhne, denen nicht die Flucht durch die Wäl-



Friedhof in Potocari bei Srebrenica: Grabsteine, so weit das Auge reicht.

Foto: AFP/Elvis Barukic

der gelang, wurden systematisch ermordet und in Massengräbern verscharrt.

Vor allem die mehrmalige Umbettung der Leichen, mit der die Verantwortlichen den Massenmord schon früh zu vertuschen versuchten, sollte nach Kriegsende das Auffinden und die Identifizierung der Überreste der Opfer erschweren. Zwar sind nunmehr Gebeine von 6751 der offiziell 8372 Opfer auf dem Friedhof in Potocari bestattet und weitere 250 auf Wunsch ihrer Familien in ihren Heimatorten beerdigt worden. Doch obwohl die Vereinten Nationen (UN) erst unlängst

den 11. Juli zum Internationalen Tag des Gedenkens an den Völkermord von Srebrenica erklärt haben, kann von einer Versöhnung im politisch zerrissenen Vielvölkerstaat keine Rede sein. Im Gegenteil: Spannungen und gezielte Provokationen überschatten das Gedenken an die Opfer des Genozids.

Milorad Dodik, der Präsident des bosnischen Teilstaats der Republika Srpska, lässt keine Gelegenheit aus, den Völkermord öffentlich zu leugnen, mit Hinweis auf serbische Opfer von Kriegsverbrechen zu relativieren – und die Opferzahlen herunterzu-

spielen. Den muslimischen Bosniaken stecke der „Hass auf die Serben im genetischen Code“ verkündete er am Wochenende auf einer Gedenkveranstaltung für serbische Kriegsoffer in Bratunac, wenige Kilometer von Srebrenica entfernt: „Die Serben sind die größte Opfernation im zerfallenen Jugoslawien.“

Auch Serbiens Premier Milos Vucovic provozierte als Gastredner in Bratunac: Die an den Serben im Bosnienkrieg begangenen Verbrechen seien die „Fortsetzung einer gegen die Serben gerichteten Genozidpolitik“, zeichnete auch er am Propagandabild von den Serben als ewiger Opfernation. „Sie haben uns im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im letzten Krieg erschlagen – und vertrieben.“ Tatsächlich waren von den knapp 100000 Todesopfern des Bosnienkriegs (1992 bis 1995) fast zwei Drittel Bosniaken und ein Viertel Serben.

Für Unmut in Bosnien hat auch der von Milorad Dodik unternommene Vorstoß zur Umbenennung von Srebrenica gesorgt. Der Überlebende und frühere Bürgermeister Srebrenicas Camil Durakovic nannte Dodiks Ansinnen die „letzten Etappe“ der Negierung des Völkermords.

Auf Dauer keine Lösung

Während der EM kontrolliert die Bundespolizei an deutschen Grenzen. Es sollte eine Ausnahme bleiben.

Von Rebekka Wiese

Wenn die Europameisterschaft endet, dürften viele Bundespolizisten aufatmen. Nie waren mehr von ihnen im Einsatz – auch an Deutschlands Grenzen. Wie eine Halbzeitbilanz zeigt, hielt die Polizei dort nicht nur Hooligans auf. Sie nahm auch Schleuser fest und verhinderte Tausende illegale Einreisen. Dass die Kontrollen kurzfristig erfolgreich sind, heißt aber nicht, dass sie sich dauerhaft lohnen. Meist führen solche Maßnahmen nur dazu, dass sich die Fluchtrouten verlagern. Es wäre auch nicht im Sinne des Schengenraums, die offenen Binnengrenzen dauerhaft mit Kontrollen zu versehen.

Das ist an Bayerns Grenze zu Österreich schon passiert. Die vorübergehenden Grenzkontrollen, die dort seit 2015 gelten, sind zum Normalzustand geworden. Darüber hinaus wird es bis Ende des Jahres weiter stationäre Kontrollen geben – an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Wer das befürwortet, verweist darauf, dass die Zahl der Asylbewerber kurz nach Einführung der Kontrollen gesunken sei. Ob das aber wirklich an den Kontrollen liegt, ist fraglich. Ausschlaggebender dürfte sein, was in den Herkunftsländern passiert. Die Maßnahme zu verstetigen, wäre deshalb der falsche Weg.

Im Ungleichgewicht

Die Finanznöte der Pflegeversicherung sind kein zwangsläufiges Schicksal, sondern politisch herbeigeführt.

Von Norbert Wallet

Die Kostenspirale in der Pflegeversicherung dreht sich immer weiter. Menschen, die dauerhaft in Pflegeheimen untergebracht sind, sind verletzlich, oft krank und sehr alt, jedenfalls nicht mehr in der Lage, durch eigene Initiative die finanziellen Belastungen zu senken. Umso ärgerlicher ist der Befund, dass auch hier die Finanznöte einer solidarischen Sozialversicherung kein zwangsläufiges Schicksal, sondern politisch herbeigeführt sind.

Wie in anderen Sozialversicherungen auch, verschiebt der Staat Kosten, die von der Allgemeinheit, also aus dem Steuertopf gezahlt werden müssten, auf die Pflegeversicherung, weil das im Zweifel bequemer ist als der Streit mit dem Finanzminister. Dazu zählt die Übernahme der Rentenbeiträge pflegender Angehöriger durch die Pflegeversicherung. Ohne die Belastung hätte sie im vorigen Jahr 3,6 Milliarden Euro mehr gehabt.

Eine wirkliche Solidarversicherung lebt davon, dass starke Schultern ihren fairen Beitrag leisten. Wenn aber „gute Risiken“ mit hohem Einkommen in die private Pflegeversicherung ausweichen können, gerät das System aus der Balance. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden.

Unten Rechts

Immer im Kreis

Schwach? Joe Biden absolviert ein gnadenloses Fitnessprogramm.

Von Martin Gerstner

In der Debatte über die Gesundheit Joe Bidens rückt die Rolle des Leibarztes in den Blick. Er ist für das Wohlergehen des Herrschers verantwortlich und bezahlt für Fehlbehandlungen einen hohen Preis. In Moskau, Peking oder Pjöngjang rutschen Leibärzte nach missglückter Therapie immer wieder in der Dusche aus, erstickten an einem Reiskorn oder fallen aus dem sechsten Stock. Bidens Leibarzt lässt sich davon nicht ängstigen. Insider berichten, er habe den Präsidenten wieder in die Lage versetzt, sich um 90 Grad zu drehen und dabei einen Punkt am Horizont zu fixieren, den sonst niemand sieht. Biden fahre seit Tagen im Weißen Haus auf einem Fahrrad im Kreis, was seine Fitness beweise. Er habe zwar vorübergehend vergessen, wie man absteigt, doch werde man dieses Problem vor dem nächsten Nato-Gipfel lösen. Zudem sei der Präsident wieder in der Lage, beim Laufen spontan die Richtung zu ändern und noch vor dem Mittagsschlaf einer nicht vorhandenen Menschenmenge zuzuwinkeln. Dennoch: Wenn die Partei es wolle, werde er beiseite treten. Damit er dabei nicht stolpert, studiere man derzeit die Schrittfolge ein.